

Politische Historiographie: State-Building-Strategien der VR China

Nele Noesselt

Das Jahr 2011 ist in mehrfacher Hinsicht ein Schlüsseljahr, dem eine zentrale symbolische Bedeutung in der politischen Geschichte Chinas zukommt. Am 1. Juli jährte sich zum neunzigsten Mal die Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und am 10. Oktober gedachten die VR China und Taiwan dem hundertsten Jahrestag der Xinhai-Revolution, welche zum Sturz der Qing-Dynastie führte.

Analyse

Im Zuge der chinesischen Reformpolitik nach 1978 ist die VR China in eine neue Phase des Staatsbildungsprozesses eingetreten. Nachdem der Fokus der post-maoistischen Politik zunächst auf der Steigerung des materiellen Wohlstandes ruhte, erfolgt unter der gegenwärtigen vierten Führungsgeneration verstärkt der Versuch einer ideellen, auf der Konstruktion einer nationalen und kulturellen Identität fußenden Herrschaftsbegründung.

- Die historiographische Rückblende auf die Xinhai-Revolution dient der Re-Legitimierung der KPCh. Die Xinhai-Revolution wird hierbei als Beginn der nationalen Erneuerung und des Wiederaufstiegs Chinas ausgewiesen. Der von der VR China proklamierte „Friedliche Aufstieg“ steht dem Anspruch nach am Ende einer Kette von Revolutionen, die unter Führung der KPCh stattfanden.
- Die Xinhai-Revolution des Jahres 1911 liegt zeitlich gesehen vor dem innerchinesischen Bürgerkrieg zwischen Nationalisten und Kommunisten und könnte damit grundsätzlich einen Anknüpfungspunkt für eine „gemeinsame“, Festlandchina wie Taiwan umfassende, Rekonstruktion der chinesischen Geschichte bieten.
- Dass dies nicht erfolgte, erklärt sich aus den im Jahr 2012 bevorstehenden personellen Veränderungen: Im Herbst 2012 werden im Kontext des 18. Parteitag nach derzeitiger Erwartung sieben von neun Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros ausgetauscht werden; für Taiwan stehen im Frühjahr 2012 Wahlen an – mit erneuten Verhandlungen über die Beziehungen zwischen Festlandchina und Taiwan ist daher gegenwärtig nicht zu rechnen.

Schlagwörter: China, State-Building, Xinhai-Revolution, 1911

Historiographische Grundpfeiler

Jahrestage dienen nicht nur dem Gedenken an historische Ereignisse in der Vergangenheit, sondern liefern auch Aufschluss über das Selbstbild des politischen Systems in der Gegenwart. Die Feier zum neunzigsten Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) (1. Juli 2011) illustriert exemplarisch, dass die Entwicklung nach der Einleitung der Wirtschaftsreformen (1978) nicht als Bruch mit der maoistischen Phase konstruiert wird. Vielmehr entwirft die Parteihistoriographie eine lineare Entwicklung von der Gründung der Partei bis in die Gegenwart. Durch die Konstruktion einer pfadabhängigen Entwicklung wird der Wandel der KPCh von einer revolutionären Partei der Arbeiter, Bauern und Soldaten hin zu einer Volkspartei, welche auch die roten Kapitalisten und Intellektuellen vertritt, als notwendige Adaption an die veränderten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen präsentiert.

Parallel zu der historiographischen Legitimierung des chinesischen Partei-Staates erfolgt über die Kompilation und Interpretation ausgewählter historischer Ereignisse die Konfiguration einer „nationalen“ Identität. Der hundertste Jahrestag der Xinhai-Revolution von 1911 (10. Oktober 2011) ist ein Wendepunkt und Schlüsselereignis der chinesischen Geschichte, welches die KPCh gezielt in ihre „nationale“ Geschichtsschreibung einbezieht, auch wenn dieses Ereignis aus der Zeit vor der Gründung der VR China stammt. Der Entwurf einer in sich geschlossenen historiographischen Narrative¹ illustriert das Bemühen der politischen Führungseliten um den Erhalt der gesellschaftlichen und politischen Einheit. Dem Anspruch nach soll diese Narrative auch die nationalen Minderheiten, Bewohner der Grenzregionen und die chinesische Diaspora einbinden.

Retrospektive auf das Jahr 1911

„Xinhai“ steht in der traditionellen chinesischen Zeitrechnung für das Jahr 1911, in dem es in Wuchang zu einem Aufstand kam, der die sukzessive Lossagung der Provinzen von der Machtzent-

rale – dem chinesischen Kaiserhof – nach sich zog, die Abdankung des chinesischen Kaisers bedingte und letztlich zur Errichtung der chinesischen Republik (1912) führte. Zum 10. Oktober, mit dem die Xinhai-Revolution ihren Anfang nahm, fanden in der VR China und Taiwan Gedenkfeierlichkeiten statt. Sowohl die KPCh-Regierung in Beijing als auch die Guomindang-(GMD-)Führung auf Taiwan konstruierten das Jahr 1911 als zentrales Element ihrer jeweiligen „nationalen“ Geschichtsschreibung.

Auf Taiwan gilt der „Doppelzehnte“ als Gründungstag der Republik und das Jahr 1911 als Beginn einer neuen Zeitrechnung, die bis heute auf Taiwan weitergeschrieben wird.

Aus Sicht der KPCh-Regierung hingegen hat die „Republik China“ mit der Ausrufung der VR China am 1. Oktober 1949 aufgehört zu existieren. Offiziell besiegelt wurde diese Sichtweise durch die internationale Staatengemeinschaft allerdings erst im Jahr 1971 mit der Übertragung des Ständigen Sitzes Chinas im UN-Sicherheitsrat an die VR China. Staaten, welche diplomatische Beziehungen mit der VR China unterhalten, haben das Ein-China-Prinzip einzuhalten, welches besagt, dass die KPCh-Regierung in Beijing die einzig legitime Vertretung Chinas darstellt und Taiwan der Status einer chinesischen Provinz zukommt.

Hu Jintao, Generalsekretär der KPCh und Staatspräsident der VR China, bettete in seiner Rede zum 10. Oktober 2011 die Xinhai-Revolution formal in die Parteihistoriographie der KPCh ein. Zugleich aber warb er auch für eine Wiedervereinigung zwischen den beiden Ufern der Taiwanstraße und die „Erneuerung der großen chinesischen Nation“ (*Renmin Ribao* 2011).

In den Erklärungen Taiwans jedoch wurde auf den Status quo verwiesen und die Unabhängigkeit wie auch die Wiedervereinigung mit dem Festland kategorisch ausgeschlossen. Ma Ying-jeou (GMD), derzeit Präsident Taiwans, forderte in seiner Rede zum „Nationalfeiertag“ die VR China auf, die Existenz der „Republik China“ (auf Taiwan) anzuerkennen. Ma verwies auch auf die seit Mitte der 1980er Jahre nach der Aufhebung des Kriegsrechts auf Taiwan vollzogene Demokratisierung und Liberalisierung des Systems (GIO 2011). Als demokratisch verfasstes System grenzt sich Taiwan damit von den Strukturen des politischen Systems der VR China ab. Die GMD beruft sich dabei in-

¹ Anlässlich des hundertsten Jahrestages der Xinhai-Revolution sind Internetportale eingerichtet worden, die die Funktion von Online-Archiven der Revolution übernehmen und zur Vermittlung der „Masternarrative“ beitragen. Vgl. z.B. <www.xhgmw.org> (Initiative der Politischen Konsultativkonferenz, der Provinz Hubei, Xinhua Nachrichtenagentur/Hubei u.a.)

direkt auf die Drei Volksprinzipien Sun Yatsens.² Das erste der drei Prinzipien, Nationalismus, wird gemeinhin als Ablehnung der Mandschu-Herrschaft und der Kontrolle durch die imperialistischen Mächte interpretiert. Das zweite hingegen, zumeist übersetzt als Demokratie, sieht die Kontrolle der Regierung durch das Volk über Wahlen und Referenden vor. Wohlfahrt, das letzte der drei Prinzipien, wird in Verbindung zu Umverteilungsmaßnahmen, sowie Land- und Steuerreformen gesetzt. Diese „Drei Volksprinzipien“ wurden nach Ansicht der GMD-Führung durch die Republik China verwirklicht und, wie Ma Ying-jeou unter Verweis auf das Prinzip der Demokratie mehrfach unterstrich, auf Taiwan weiterpraktiziert (GIO 2011). Die derzeitige geltende Verfassung datiert aus der Republikzeit; das bis dato bestehende Fünf-Kammer-System Taiwans (Legislative, Exekutive, Judikative, Prüfungsorgan, Kontrollorgan) wird ebenfalls auf Sun Yatsen zurückgeführt. Ausgeblendet wird allerdings die Phase zwischen 1947 und 1986, in der auf Taiwan zunächst ein autokratisches Ein-Parteien-System errichtet wurde. Auch die Konflikte mit der indigenen Bevölkerung wurden aus der Retrospektive zum „Nationalfeiertag“ ausgeklammert.

Das Jahr 2011 wurde durch die GMD-Führung auf Taiwan als „hundertjähriges Bestehen der Republik China“ zelebriert.³ Diese sehr bewusste Distanzierung gegenüber dem Festland ist nicht zuletzt den im Frühjahr 2012 in Taiwan bevorstehenden Wahlen geschuldet. Der gegenwärtig amtierenden GMD-Führung wurde in den letzten Monaten wiederholt vorgeworfen, eine zu starke Annäherung an Beijing zu praktizieren. In die Kritik war vor allem das zu Beginn des Jahres 2011 in Kraft getretene Freihandelsabkommen (ECFA) zwischen den beiden Ufern der Taiwanstraße geraten. Die Opposition äußerte ihre Befürchtung, dass Taiwan hierdurch in seiner Autonomie gefährdet sei und favorisierte den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den südostasiatischen Staaten. Allein aus wahlstrategischen Gründen dürfte die GMD folglich bemüht sein, eine kritische Distanz zu wahren – auch wenn die Xinhai-

Revolution zunächst einmal ein Ereignis ist, das zeitlich gesehen vor dem Bürgerkrieg zwischen den Nationalisten und den Kommunisten liegt und so eigentlich einen Anlass für ein gemeinsames Gedenken an die chinesische Geschichte bieten könnte. So wurde berichtet, dass zwei Jahre vor dem hundertjährigen Jubiläum der Xinhai-Revolution von Beijing die Idee vorgebracht worden sei, die Feierlichkeiten gemeinsam abzuhalten. Dies jedoch sei durch Ma Ying-jeou zurückgewiesen worden, da Beijing die Bedingung gestellt habe, im Rahmen der gemeinsamen Feierlichkeiten jedwede Bezugnahme auf die „Republik China“ zu unterlassen (*Asia Times* 2011).

Der Vorstoß Hu Jintaos, die „Wunden der Vergangenheit heilen zu lassen und gemeinsam an der Erneuerung der chinesischen Nation zu arbeiten“ (*Renmin Ribao* 2011), fand bislang kein Echo aus Taiwan. Die GMD-nahe taiwanische Tageszeitung *The China Post* reagierte auf Hu Jintaos Rede, indem sie eine Parallele zwischen den „maroden“ politischen und gesellschaftlichen Konstellationen der späten Qing-Dynastie (1911) und der Gegenwart der VR China (2011) nachzuweisen versuchte. Zudem erhob sie den Vorwurf, dass die VR China das den Drei Volksprinzipien inhärente Konzept der Demokratie aus den Betrachtungen zu 1911 gezielt ausklammere (*The China Post* 2011). Die der Opposition nahestehende *Taipei Times* wiederum kontrastierte die Rede Hu Jintaos mit Zitaten chinesischer Historiker, wobei sie darauf abhob, dass Beijing eine einseitige und verzerrende Geschichtsinterpretation betreibt und diese Darstellung auch von festlandchinesischen Historikern angezweifelt werde (*Taipei Times* 2011a).

Doch auch auf Taiwan selbst sind die Parteien hinsichtlich der Ideen und Konzepte, die dem 10. Oktober zugeschrieben werden, sehr gespalten. Vertreter der Opposition auf Taiwan – allen voran die Demokratische Fortschrittspartei (DFP) unter Tsai Ying-wen, der Gegenkandidatin zu Ma Ying-jeou im 2012 bevorstehenden Wahlkampf – betonten, dass die nationale Identität Taiwans nicht aus der Geschichte der Republik China und der Revolution von 1911, sondern nur aus der Geschichte Taiwans und der seiner indigenen Bevölkerungsgruppen abgeleitet werden könne. Die Rede Ma Ying-jeous, welche die Gegenwart Taiwans als Fortschreibung der Ideen von 1911 beschreibe, stelle, so Tsai Ying-wen, die Unabhängigkeit Taiwans infrage. Eine mögliche Annäherung an das Festland wird von der DFP kategorisch abge-

2 Sun Yatsen (1866-1925) gilt als der intellektuelle Anführer der Revolution von 1911. Im Jahr 1912 wurde er zum ersten provisorischen Präsidenten der neu ausgerufenen Republik ernannt, trat dieses Amt jedoch an Yuan Shikai ab.

3 Damit erhebt die GMD-Führung auf Taiwan den Anspruch, das Erbe der 1912 gegründeten Republik China fortzusetzen – allerdings ist diese Sichtweise auch unter den Parteien auf Taiwan nicht unumstritten.

lehnt (*Ziyou Shibao* 2011). Viele Verfechter der taiwanesischen Unabhängigkeit verbinden mit der „Republik China“ die Phase der autokratischen Herrschaft der GMD auf Taiwan bis zur Demokratisierung der späten 1980er Jahre (*Asia Times* 2011). In Abgrenzung hierzu fordern sie eine demokratisch verfasste „Republik Taiwan“. Die *Taipei Times* berichtete im Kontext des „Doppelzehnten“ von Protesten indigener Minderheiten gegen die „Republik China auf Taiwan“, die von diesen ebenso wie die Zeit unter japanischer Herrschaft als Form der Fremdherrschaft angeprangert wird (*Taipei Times* 2011b).

Während die VR China an einer einheitlichen Masternarrative der Xinhai-Revolution arbeitet, mittels derer die kulturelle und nationale Einheit Chinas beschworen werden soll, wird, wie die obige Presseschau illustriert, die Erinnerung an das Jahr 1911 auf Taiwan verstärkt als ein lagerbildendes und spaltendes Ereignis wahrgenommen.

Die Xinhai-Revolution in der offiziellen Parteihistoriographie der KPCh

Die Ausführungen Hu Jintaos zur Bedeutung der Xinhai-Revolution lassen erkennen, dass diese nicht nur als Teil einer gemeinsamen „chinesischen“ Geschichte, sondern auch als zentrales Element der Parteihistoriographie der KPCh konstruiert wird. So steht das Jahr 1911 aus der Sicht Beijings für das Ende der chinesischen Dynastiegeschichte. Zugleich wird mit diesem Ereignis der Wiederaufstieg Chinas verbunden – ein Projekt, das laut der offiziellen Parteihistoriographie der VR China nicht mit der Errichtung der Republik im Jahr 1912 abgeschlossen wurde, sondern als dessen Fortsetzer und Erbe sich vielmehr weiterhin die KPCh definiert.

Sun Yatsen wird nicht nur in der Geschichte der Republik China, sondern auch in der Retrospektive der KPCh eine führende Rolle für die Erneuerung Chinas zugeschrieben. So wurden in Beijing anlässlich der Hundertjahr-Feierlichkeiten auf dem Tiananmen-Platz und in der Großen Halle des Volkes großformatige Porträtaufnahmen von Sun Yatsen aufgehängt. Hu Jintao bezeichnete Sun Yatsen in der offiziellen Gedenkrede als „großen Volkshelden“, „Patrioten“ und „Vorreiter der demokratischen Revolution Chinas“ (*Renmin Ribao* 2011).

Die Symbolik des Jahres 2011 könnte die Vermutung nahelegen, dass die KPCh sich um eine offizielle Interpretation der Ereignisse bemüht, um die Deutungshoheit nicht allein der taiwanesischen Seite zu überlassen. Ein Blick zurück in die Reden und Schriften der politischen Führungseliten der VR China verdeutlicht jedoch, dass die Xinhai-Revolution unabhängig von den aktuellen Konstellationen von jeher ein grundsätzliches Element der offiziellen Parteihistoriographie darstellt. Der zentrale Referenztext der offiziellen Geschichtsinterpretation findet sich mit dem Traktat Mao Zedongs⁴ „Wie man die Geschichte der KPCh studieren sollte“ (Mao 1942). In diesem hält Mao fest, dass die Revolution von 1911 zwar zum Sturz der Qing-Dynastie geführt habe, mit der Machtübernahme durch Yuan Shikai (1912-1916 Präsident der Republik China) jedoch gescheitert sei und ihre Ziele verfehlt habe. Das Jahr 1911 gilt als Ausgangspunkt des anti-imperialistischen und anti-feudalen Kampfes, dem sich die KPCh verpflichtet hat. Zwar kritisiert Mao die Xinhai-Revolution als bourgeoise Revolte und stellt dieser das Ideal einer revolutionären Bauernbewegung entgegen (Lu 2011). Dennoch beginnt für ihn die Parteigeschichte nicht erst mit der Gründung der KPCh (1921), sondern bereits zehn Jahre früher mit den Ereignissen von 1911 (Mao 1942).

Mao Zedong, wie auch später Deng Xiaoping (Deng 1987), stilisieren Sun Yatsen zum Initiator einer erfolgreichen anti-imperialistischen Revolution. Auch die Drei Volksprinzipien finden Erwähnung, allerdings weicht die von der KPCh präferierte inhaltliche Auslegung von der Lesung durch die GMD ab. Die KPCh beruft sich auf die „Neuen Drei Volksprinzipien“, die in der kurzen Phase der Kooperation zwischen Nationalisten und Kommunisten entwickelt worden waren. In der Darstellung der KPCh spiegeln diese „neuen“ Volksprinzipien die Hinwendung Sun Yatsens zu den Ideen der Oktoberrevolution wider, wodurch die Bildung einer Einheitsfront von GMD und KPCh und die Kooperation mit Moskau überhaupt erst ermöglicht wurden.

Diese beiden historiographischen Argumentationslinien, die Betrachtungen zur Bedeutung der Revolution und die Heroisierung Sun Yatsens, wurden unter anderen auf dem 15. Parteitag

⁴ Mao Zedong (1893-1976), 1943-1976 Vorsitzender der KPCh; 1954-1959 Staatspräsident der VR China.

der KPCh erneut als offizielle Sichtweise bekräftigt (Jiang 1997).

Neunzigster Gründungstag der KPCh

Anlässlich des neunzigsten Jahrestages der KPCh im Juli 2011 entwarf Hu Jintao in seiner Jubiläumsrede einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den chinesischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts und der Machtübernahme durch die KPCh, womit er indirekt an Maos Ausführungen zum Studium der Parteigeschichte anknüpfte. Die Revolution von 1911 ist in dieser Geschichtsauslegung nicht der Ursprung der Republik China, sondern steht vielmehr – wie bereits Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin vor Hu Jintao ausgeführt hatten – lediglich für die erfolgreiche Beendigung der autokratisch-monarchischen Herrschaft der Qing-Dynastie. Die semi-koloniale, semi-feudale Struktur – eine Remineszenz an Mao Zedongs Klassifizierung des vor-kommunistischen Systems Chinas – hingegen gilt erst mit der Errichtung der VR China als überwunden (Hu 2011).

Drei Revolutionen waren, so Hu Jintao, erforderlich, um die Ziele von 1911 zu verwirklichen:

1. Die „neu-demokratische Revolution“: Nach der Niederlage des chinesischen Kaiserreichs gegen die Westmächte in den Opiumkriegen hatten diese China unter sich aufgeteilt. Ziel der „neu-demokratischen Revolution“ war es, die Protektorate der Kolonialmächte aufzulösen und die nationale Souveränität Chinas wiederherzustellen. Mit der Aufhebung der „Ungleichen Verträge“ der Opiumkriege gilt diese Revolution als vollendet.
2. Mit der „sozialistischen Revolution“ in Form der Ausrufung der VR China (1949) ist für die KPCh auch das „semi-feudale“ System endgültig überwunden.
3. Die post-maoistische Reformpolitik ab 1978 wird in der offiziellen Parteihistoriographie als dritte und letzte Stufe in einer Kette von Revolutionsbewegungen betrachtet, die allesamt auf das Jahr 1911 zurückgeführt werden, und an deren Ende der erfolgreiche Wiederaufstieg Chinas steht.

Mit diesem Drei-Stufenmodell distanziert sich die VR China symbolisch von dem von Taiwan immer wieder referierten Entwicklungsmodell nach Sun Yatsen. Dieser sah einen Staatsbildungsprozess in drei Stufen vor, über welche ein inkremen-

teller Übergang von der Monarchie zu einem parlamentarischen System erfolgen sollte. In der ersten Stufe sollte eine Militärdiktatur für die Wiederherstellung der Ordnung und die Einheit des Staats sorgen, in der zweiten Stufe eine politische Vormundherrschaft praktiziert werden, bevor in der dritten Stufe dann die Einführung demokratischer Strukturen erfolgen könnte.

Dieses Entwicklungsmodell wird in den gegenwärtigen Debatten der VR China nicht angestrebt. Vielmehr zeichnen sich im Vorfeld des 18. Parteitages (im Herbst 2012) Faktionskämpfe zwischen den Anhängern der Neuen Linken und den Neo-Liberalen ab. Während Erstere mit dem Chongqing-Modell für eine gerechtere Verteilung der Wirtschaftsgewinne und eine Rückkehr zu maoistischen Werten eintreten, plädieren Letztere mit ihrem Guangdong-Modell dafür, zunächst das Wachstum weiter zu steigern, bevor redistributive Maßnahmen eingeführt werden (Freeman und Yuan 2011). In beiden Fällen wird der Faktor Demokratie ausgeklammert.

Konkurrierende Geschichtsinterpretationen

Die Konkurrenz zwischen KPCh und GMD um die „richtige“ Geschichtsauslegung ist kein Phänomen des 21. Jahrhunderts, sondern lässt sich bereits in der Phase der Republikzeit nachweisen. Parallelen zu den konkurrierenden Narrativen der Ereignisse und Folgen von 1911 finden sich beispielsweise mit den Debatten über die Vierte-Mai-Bewegung (1919).

Die Vierte-Mai-Proteste richteten sich ursprünglich gegen die Ergebnisse der Friedensverhandlungen in Versailles. Obwohl China damals auf Seiten der Alliierten in den Krieg eingetreten war, wurden die früheren deutschen Kolonien in Shandong nicht an China rückerstattet, sondern an Japan übertragen. Aus den Demonstrationen und Unmutsbekundungen, die ab dem Jahr 1919 in allen größeren Städten Chinas stattfanden, entwickelte sich jedoch bald eine allgemeine Modernisierungs- und Erneuerungsbewegung, die sich „Wissenschaft“ und „Demokratie“ auf die Fahnen schrieb und eine „neue Kultur“ einforderte. Die GMD und die KPCh beanspruchten rückblickend beide gleichermaßen, die Ideen und Forderungen der Protestbewegung aufgenommen zu haben. In regelmäßigen Abständen erinnerten beide Seiten an den Jahrestag der Vierten-Mai-Bewegung, wo-

bei beide der Bewegung jeweils sehr spezifische Bedeutungen zugeschrieben. Während für die Kommunisten der Aspekt der Revolution im Mittelpunkt stand, weshalb sich auch die Roten Garden auf die Vierte-Mai-Bewegung berufen konnten, interpretierte die GMD unter Chiang Kai-Shek diese Bewegung als Versuch der nationalen (und kulturellen) Erneuerung. Mit dem Wandel der innen- und außenpolitischen Konstellationen verschob sich auch die Deutung der Vierten-Mai-Bewegung. Sowohl die KPCh als auch die GMD postulieren, dass die jeweils andere Partei die Ziele der Vierten-Mai-Bewegung verraten habe.

Ähnlich wie bereits das Jahr 1919, so wird nun auch das Jahr 1911 zur Legitimierung von Systemstrukturen und Machtpositionen herangezogen. Die Zuspitzung der taiwanesischen Bewertung von 1911 auf den Aspekt der Demokratie lässt sich als Wahlkampfstrategie mit dem Ziel der Distanzierung gegenüber dem politischen System der VR China interpretieren.

Legitimierungsstrategien der VR China

In der VR China findet zwar kein Wahlkampf statt, dennoch hat die politische Führung im Sinne der Systemstabilisierung ihren Herrschaftsanspruch zu rechtfertigen. Der Versuch, die Xinhai-Revolution als gesamtchinesisches Ereignis zu interpretieren, dient der Konsolidierung der nationalen und territorialen Einheit.

Mit dem Beginn der post-maoistischen Reformperiode (Tod Mao Zedongs 1976/Beschlüsse über Reform und Öffnung 1978) hat das Primat der Ökonomie das Primat der Ideologie abgelöst. Der Legitimitätsanspruch der KPCh beruht nun darauf, dass diese die Rahmenbedingungen für ein positives Wirtschaftswachstum bereitstellt, für die Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität und der territorialen Integrität sorgt und nicht zuletzt die chinesischen Interessen in internationalen Verhandlungen erfolgreich nach außen vertritt. Eine allein auf Effizienzkriterien und Performanz beruhende Herrschaftsrechtfertigung könnte jedoch nur allzu leicht durch ökonomische Krisen erschüttert werden. Die gegenwärtige Führungselite scheint sich dieser Gefahr bewusst und greift verstärkt auf Elemente einer ideellen Systemlegitimierung zurück.

State-Building im 21. Jahrhundert

Nach dem Ende der Kulturrevolution und dem Tod Mao Zedongs (1976) bestand das Hauptanliegen der politischen Führung der VR China in der Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung und der Wiedererrichtung eines funktionsfähigen administrativen Staatsapparates. Nachdem im Jahr 1981 mit dem Dokument zu „Einigen Fragen der chinesischen Geschichte“ eine Distanzierung von den Jahren des kulturrevolutionären Intermezzo erfolgt war, trat die VR China in eine Phase der post-revolutionären Machtkonsolidierung ein. Durch administrative Reformen und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen sollten die Transparenz und Responsivität des chinesischen Systems ausgebaut werden. Das Institutionengefüge ist in den vergangenen Dekaden erfolgreich konsolidiert worden.

Nachdem offiziell der Klassenkampf für beendet erklärt worden ist, orientiert sich die VR China an dem Leitmotiv „Frieden und Entwicklung“. Im politischen Bereich folgt hieraus auch eine Neuausrichtung der Partei. Seitdem im Jahr 2002 die Jiang Zemin⁵ zugeschriebene Theorie der Drei Vertretungen in die Parteistatuten aufgenommen wurde, versteht sich die KPCh nicht länger als revolutionäre Avantgarde, sondern als Partei des gesamten Volkes. Neben Arbeitern, Bauern und Soldaten hat sie insofern auch die Interessen der Unternehmer und Intellektuellen zu vertreten. Die KPCh operiert damit gestützt auf eine doppelte Strategie der Kooptation und Inkorporation. Dieser durchaus allumfassende Vertretungsanspruch erstreckt sich auch auf die ethnischen Minderheiten, Bewohner von Grenzregionen und Sonderverwaltungszone.

Wie nicht zuletzt Hu Jintaos Rede zum sechzigsten Jahrestag der VR China (1. Oktober 2009) illustriert (*Renmin Ribao* 2009), ist und bleibt der Erhalt der nationalen und territorialen Einheit ein Hauptanliegen der KPCh-Regierung. Dass jedoch der Zusammenhalt des Systems gefährdet ist, haben nicht zuletzt die Unruhen in Tibet (2008) und Xinjiang (2009) gezeigt. Auch die sozioökonomischen Spannungen haben sich verschärft. Die KPCh ist mit einer zunehmend fragmentierten und pluralistischen Gesellschaftsstruktur konfrontiert. Um den Zusammenhalt der Bevölke-

⁵ *1926; 1989-2002 Generalsekretär der KPCh; 1993-2003 Staatspräsident der VR China.

rung trotz wachsender Entwicklungsdisparitäten – deren Abbau ein erklärtes Ziel der politischen Führung ist – zu gewährleisten, werden Maßnahmen ergriffen, die gemeinsame Identität „Chinas“ zu fördern und einen gemeinsamen ideellen Bezugsrahmen aufzubauen.

Der Führungs- und Kontrollanspruch der KPCh wird auch in der Reformära unverändert aufrechterhalten. Dieser spiegelt sich nicht zuletzt auch in dem Ringen um das Definitions- und Deutungsmonopol der chinesischen Geschichte wider. Auch wenn im wissenschaftlichen Bereich im Jahr 2011 eine Vielzahl von Monographien und Sammelbänden zu einzelnen Teilaspekten der Xinhai-Revolution erschienen sind, die auch neuere Interpretationen vornehmen, wird doch im politischen Kontext auf eine Masternarrative hingearbeitet. Dieser kommt eine identitäts- und sinnstiftende Funktion zu. Die gezielte Konzeption eines nationalen Bewusstseins bestärkt die kollektive Identität. Durch die Erzeugung eines „kulturellen Gedächtnisses“ der Gesellschaft und die lineare Rückschreibung der Gegenwart auf die Vergangenheit wird eine Kontinuität und Homogenität des Staatsgebildes suggeriert, die den Zusammenhalt der Bevölkerung auch in Krisenzeiten befördern sollen.

Literatur

- Asia Times* (2011), Taiwan's Ma Bares His Centennial Steel, 12. Oktober, online: <www.atimes.com/atimes/China/MJ12Ad01.html> (05.11.2011).
- Deng, Xiaoping (1987), *Yong Zhongguo de lishi jiaoyu qingnian (Mit der chinesischen Geschichte die Jugend ausbilden)*, online: <www.xssz.xs.zj.cn/xssz/show.asp?id=202> (10.10.2011).
- Freeman, Charles W. und Wen Jin Yuan (2011), *China's New Leftists and the China Model Debate after the Financial Crisis*, Washington: CSIS.
- GIO (2011), *President Ma Ying-Jeou's National Day Address*, 10. Oktober, online: <www.gio.gov.tw/ct.asp?xItem=99223&ctNode=2462&mp=807> (12.10.2011).
- Hu, Jintao (2011), *Speech at a Meeting Commemorating the 90th Anniversary of the Founding of the Communist Party of China*, 1. Juli, online: <http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2011-07/01/c_13960505.htm> (11.10.2011).
- Jiang, Zemin (1997), *Hold High the Great Banner of Deng Xiaoping Theory for an All-round Advancement of the Cause of Building Socialism with Chinese Characteristics to the 21st Century*, Bericht auf dem 15. Parteitag, online: <www.fas.org/news/china/1997/970912-prc.htm> (12.10.2011).
- Lu, Yi (2011), Mao Zedong dui Xinhai geming de pingjia (Mao Zedongs Beurteilung der Xinhai-Revolution), in: *Bainian Chao*, 6, online: <www.wyzxsx.com/Article/Class14/201107/248215.html> (10.10.2011).
- Ma, Ying-jeou (2011), *A Century of Struggle, a Democratic Taiwan*, 10. Oktober, online: <<http://taiwantoday.tw/ct.asp?xitem=177667&CtNode=426>> (12.10.2011).
- Mao, Zedong (1942), *Ruhe yanjiu Zhongguo gongchandang shi (Wie man die Geschichte der KPCh studieren sollte)*, online: <<http://cpc.people.com.cn/GB/69112/70190/70197/70356/4768882.html>> (12.11.2011).
- Renmin Ribao* (2009), Zai qingzhu Zhonghua Renmin Gongheguo chengli 60 zhounian dahui shang de jianghua (Rede auf der Versammlung zur Feier des sechzigsten Gründungstages der VR China), 1. Oktober, online: <<http://politics.people.com.cn/GB/1024/10151921.html>> (11.10.2011).
- Renmin Ribao* (2011), Jinian Xinhai geming 100 zhounian dahui shang de jianghua (Rede auf der Versammlung zum Gedenken an den hundertsten Jahrestag der Xinhai-Revolution), 10. Oktober, online: <http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2011-10/10/nw.D110000renmrb_20111010_2-01.htm> (11.10.2011).
- Taipei Times* (2011a), Hu Urges Unification with Taiwan, 10. Oktober, online: <www.taipetimes.com/News/front/archives/2011/10/10/2003515354> (11.10.2011).
- Taipei Times* (2011b), Aborigines Hold Headhunt in Taipei to Rid Evil Spirits, 10. Oktober, online: <www.taipetimes.com/News/taiwan/archives/2011/10/10/2003515377> (05.11.2010).
- The China Post* (2011), China Quiet on Democratic Roots of Wuchang Revolution, 10. Oktober, online: <www.chinapost.com.tw/china/2011/10/10/319279/China-quiet.htm> (10.11.2011).
- Ziyou Shibao (Liberty Times)* (2011), Xinhai bainian – Guo-Gong zheng zhengtong – Cai: Taiwan you ziji de lishi (100 Jahre Xinhai – Wettstreit zwischen GMD und KPCh um Legitimität – Cai: Taiwan hat seine eigene Geschichte), 10. Oktober, online: <www.libertytimes.com.tw/2011/new/oct/10/today-t2.htm> (11.10.2011).

■ Die Autorin

Dr. Nele Noesselt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien. Sie ist Mitglied im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ und im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

E-Mail: <noesselt@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/noesselt>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ forschen zu Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime sowie zu Partizipation und Repräsentation im Kontext von Ungleichheit.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

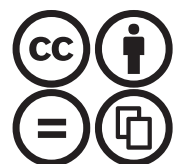
Gilley, Bruce und Heike Holbig (2010), Reclaiming Legitimacy in China, in: *Politics and Policy*, 38, 3, 395-442.

Holbig, Heike und Bruce Gilley (2010), *In Search of Legitimacy in Post-revolutionary China: Bringing Ideology and Governance Back In*, GIGA Working Papers, 127, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Schucher, Günter und Kawsu Ceesay (2011), *Wird China zum neuen Modell für soziale Stabilität?*, GIGA Focus Asien, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM